

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Joh. Rose, Haasenstein & Vogler A. G.
J. Danke & Co., Invalidenstr.

Berantwortlich für den
Inseratenthell:
J. Slugkiss
in Posen.

Posen-Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Nr. 80

Mittwoch, 1. Februar.

1893

Berantwortliche Redakteure:
F. Hirschfeld für den politischen
Theil, A. Beer für den übrigen
redaktionellen Theil, in Posen.

Die "Posener Zeitung" erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und festtage folgenden Tagen jedoch nur zweimal,
an Sonn- und festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährl. 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 31. Januar, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Übereinkommen gestattet.)

Präsident v. Levetzow macht darauf aufmerksam, daß die Urlaubsgesetze sich häufen, und daß es gerathen sein würde, wenn das Haus und der Präsident nicht so freigiebig mit der Bewilligung von Urlaubsgesetzen sein würde.

Die zweite Etatsberatung wird mit dem Etat des Reichsamtes des Innern fortgezett.

Dazu liegt die Resolution Dr. Baumhau vor, in welcher die Regierung ersucht wird, die Gewerbeordnung dahin zu ändern, daß auch Frauen bei Nachweis ihrer Fähigung die Approbation als Arzt ertheilt werden muß.

Abg. Scipio (nl.): Aus Anlaß der Notstandsdebatte hatte der Regierungsvertreter geäußert, daß der Notstand nicht so groß sei, daß die Reichsregierung sich veranlaßt seien könnte, einzutreten. Ich kann diese Ansicht nach Schreibungen aus meiner Heimatstadt bestätigen. Die Angaben des Abg. Dreesbach über die Zustände in Mannheim sind nicht ganz richtig. Die mir vorliegenden Zahlen beweisen, daß ein außerordentlicher Notstand in dieser Stadt nicht herrscht.

Abg. Schmidt (Sachsen, S.-D.): Der sächsische amtliche Bericht, auf den sich Staatssekretär v. Bötticher am 14. Januar berufen hat, entspricht nicht den Thatachen. Die Lage der Textilindustrie hat sich nicht gebessert. Das Verhalten des Handelsministers gegenüber den Arbeitern hat in Arbeiterkreisen große Unzufriedenheit erregt. Man glaubt, daß er Deputationen von Agrartern oder Industriellen längere Zeit anhören würde. Entgegennommender war der Staatssekretär v. Bötticher, der sich zwei Stunden mit der Deputation unterhielt und in Aussicht stellte, daß bei günstiger Witterung Arbeiten vorgenommen werden sollen. Um den Trost zu vervollständigen, gab er jedem Deputirten zwei Zigarren. (Heiterkeit.) Nach den Berichten der sächsischen Gewerbeinspektoren in den letzten Jahren hat sich fast überall die Zahl der Arbeiter verminderd, und das hat eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt. Namentlich ist das der Fall in den Industriebezirken Chemnitz, Zwickau, Plauen. Die Industriellen haben sich die Notlage zu Nutzen gemacht und Lohnherabsetzungen vorgenommen. Die Not ist jetzt noch gestiegen. Der Gang der Industrie war in denjenigen Zweigen besser, wo Saisonartikel angefertigt werden, aber das auch nur für eine kurze Zeit. Wo stehen denn die Leute, die den vom Staatssekretär erwähnten Bericht gemacht haben? Schaffen sie denn? Gerade in den Bezirken der Textilindustrie ist die Zahl der Almosenempfänger gestiegen, was aus amtlichen Zahlen hervorgeht. Aus einem mir vorliegenden Lohnbuch eines Arbeiters der Textilindustrie ist zu ersehen, daß die Löhne stetig gesunken sind. Die Arbeiter waren in einem Bezirk über die Rude des Staatssekretärs außer sich, die Arbeiter einer Fabrik schrieben uns Schreiben, in denen die gezahlten Löhne aufgerechnet wurden. Da zeigte sich, daß die Löhne fortgelebt herabgegangen sind. Die Behauptungen des Staatssekretärs sind geradezu leichtfertig (Vizepräsident v. Ballerem: Der Ausdruck "leichtfertig", auf den Staatssekretär bezogen, entspricht nicht der Ordnung des Reichstags.) Dann will ich sagen, daß sie nicht der Wahrheit entsprechen. Die Gewerbeinspektoren berichten freilich so günstig, daß Sie noch mit einer zweiten Militärvorlage kommen können. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern steigt. Wer dabei gewinnt, das sind die Sozialdemokraten.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Oehenthal: Ich gebe zu, daß in gewissen Industriezweigen die Löhne herabgesunken sind, aber das geschah in Folge der schlechten Konjunktur. Die schlimmste Zeit ist überwunden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es sind Anzeichen einer Besserung hervorgetreten. Eine Arbeitslosigkeit in dem Umfang, daß man dieselbe als allgemeinen Notstand bezeichnen kann, besteht nicht. Trotz des strengen Winters der ungünstigen Geschäftslage ist von einem allgemeinen Notstande nicht die Rede. Die sächsische Regierung hat die Behörden angewiesen, auf die Ernährung der Bevölkerung ihre besondere Aufmerksamkeit zu richten, und es wurden gewisse Mittel dazu bereit gestellt, die bis Ende Dezember in Anspruch genommen waren. (Redner verliest zum Beweise dessen, daß die Lage der Industrie eine bessere geworden sei, Stellen aus amtlichen Berichten, deren Inhalt aber auf der Tribüne unverständlich bleibt.) Ein Notstand kann doch nur angenommen werden, wenn die Löhne nicht mehr zum Leben ausreichen. Die Sozialdemokraten, die von Renten leben, haben wahrlich keine Veranlassung, über einen Notstand zu klagen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel (S.-D.): Was verstehen denn die Herren unter allgemeinem Notstand? Etwa, daß alle oder die Mehrzahl der Arbeiter arbeitslos sind? Den Herren Regierungsvertretern möchte ich vorhalten, daß heute in der Militärmmission der Reichsschaffenssekretär erklärte, ob der Tiefpunkt in den wirtschaftlichen Verhältnissen erreicht sei, wisse er nicht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsmissionen sind in den letzten Monaten zurückgegangen. Die Zahl der Bankrotte hat im letzten Jahre 7700 betragen, also 700 mehr als im Vorjahr. Diese Bankrotte betrifft hauptsächlich kleine Leute. Es gehört demgegenüber ein großer Mut dazu, einen Notstand abzuleugnen. Wer sind denn die Verwaltungsbehörden, die die Berichte machen? Diese wenden sich ja für ihre Ermittlungen nicht an die Arbeiter, sondern an die Unternehmer. Diese haben aber ein Interesse daran, die Dinge günstiger darzustellen. Hätten Sie nach unserem Antrage früher Arbeiterkammern geschaffen, so wären wir heute in der Lage, uns über die gegenwärtigen Zustände sofort zu informieren, und zwar richtig. Die Aussagen der Unternehmer aber, an die sich die Verwaltungsbehörden wenden, sind unglaublich. Sind denn die höchsten Löhne, die vielfach gezahlt werden, 10 Mark die Woche, geeignet, eine Familie zu ernähren? Der Notstand macht sich weniger durch die Zahl der Arbeitslosen bemerkbar, als durch die Masse der Lohnreduzierungen. Lohnverminderungen um wenige Mark schon haben einen Ausfall von Millionen der kleinen von den Arbeitern lebenden Gewerbetreibenden zur Folge. Schon 1867 waren die Löhne im Erzgebirge ungeheuer niedrig. Es bleibt mir unvergeßlich, welchen Eindruck die Lebensweise der

Leute damals auf mich machte. Kartoffeln und trockenes Brot bildeten die Nahrung. Inzwischen haben sich die Verhältnisse noch mehr verschlechtert. Es ist billig über die rentenverzehrenden Sozialdemokraten zu spotten, deren es übrigens wirklich wenig giebt, und zwar billig vom Standpunkt der satten Jugend und zahlungsfähigen Moral von Bundesratsmitgliedern. Mir ist von einer Blauenchen Arbeiterin ein Brief zugegangen, mit der Mitteilung, daß die Familien in dieser Stadt von 6 M. die Woche leben müssen. Ist es erhort, daß eine Polizeibehörde wie die Dresdener eine Arbeitslosheitsstatistik verbietet? In Sachsen hat man eben ein Talent und Gente in der Auslegung von Verordnungen zur Beschränkung der Freiheit wie in keinem anderen Staate. Die Herren links glauben ja, der Notstand sei etwas Vorübergehendes, Notwendiges, was sich immer von Zeit zu Zeit ereigne. Mit Ihren alten abgedroschenen Lehren von der Harmonie der Interessen des Kapitals und der Arbeit finden Sie bei den Arbeitern keine Gegenliebe und keinen Glauben mehr. Der beste Barometer für unsere wirtschaftlichen Zustände sind die Einnahmen der Eisenbahnen. Dieselben sind gering geworden. Und da die Eisenbahnverwaltung lediglich vom Standpunkt der Unternehmer aus handelt, so hat sie in Preußen sämtliche Betriebsstellen und Betriebe den Schaffnern entzogen und an Althändler für 7 Mark verlaufen, die sie dann den Schaffnern für 20 Mark wieder verkaufen. Ferner hat auch die Eisenbahnverwaltung die Löhne ganz bedeutend herabgesetzt. Auch die Vorgänge im Saarrevier beweisen das Vorhandensein des Notstandes. Im Dortmunder Revier sind Lohnentziehungen und Arbeiterentlassungen an der Tagesordnung. Wenn angefischt solcher Thatsachen fortwährend der Notstand geäußert wird, dann wird man das im Lande nicht begreifen. Das Wort des alten Oxensteina bleibt wahr: Du weißt nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Oehenthal: Ich habe nicht bestritten, daß ein gewisser Notstand hier und da besteht. Was aber in den Versammlungen gesagt wird, sind meistens Delamationen von Leuten, welche selbst nicht Not leiden, sondern aus dem Parteidienst bezahlt werden. (Abg. Bebel: Beweisen Sie das!) Bei dieser Behauptung bleibe ich.

Abg. Dr. Buhl (nl.): Ich bestreite, daß die Unternehmer jede Konjunktur benutzen, um die Arbeitslöhnne zu drücken. In Zeiten der Krise benutzt der Unternehmer gerade die Referenzen aus besserer Zeit, um dem Arbeiter weiter Arbeit zu geben. Die Angriffe der Herren richten sich ja auch nicht auf die Gegenwart. Die Statistik beweist, daß die Arbeitseinkommen sich in Sachsen verbessert haben. Die Verhältnisse der Arbeiter haben sich dort überhaupt sehr günstig entwickelt. Die Bevölkerung hat sich um 17 Prozent vermehrt, die Zahl der Einkommen von 2000 bis 9000 haben sich aber um etwa 50 Prozent vermehrt, ebenso die Einkommen bis zu 11 000 M. Diese Zahlen beweisen, daß unsere Zeit nicht so frank ist, wie die Herren immer behaupten. Ich wiederhole, gerade in den Zeiten der Krise suchen die Arbeitgeber ihre Arbeiter über die Not hinüberzuhelfen. (Beifall.)

Abg. Dr. Mehnert (kont.): Nach genauen Nachforschungen ist in verschiedenen Branchen Sachens eine Besserung eingetreten. Die Konflikte sind weder in der Großindustrie noch in der Arbeiterwelt vorgekommen. Nur das Kleingewerbe fällt dem Konflikt anheim. Daß die Verhältnisse in Sachsen sich verbessert haben, beweisen die Ziffern über den Medikamenten an Fleisch, Brot u. s. w. Auch bezüglich der Sparfasseneinlagen weist kein Land so günstige Resultate auf wie Sachsen. Sachsen erhält die Bergwerke nur mit großen Opfern aufrecht, nur um die Arbeiter nicht brotlos werden zu lassen. Die Verfügung der Dresdener Polizei-Direktion bezüglich der Arbeitslosenstatistik kann ich nur mit Freude begrüßen, wie das auch von der ganzen Presse außer der sozialdemokratischen geschehen ist. Daß es den Arbeitern nicht schlecht geht, beweisen die vielen Vergnüglichkeiten, welche die Arbeiter veranstalten. Der "Vorwärts" enthält in jeder Nummer zahlreiche Annoncen über Stiftungsfeste, Maskenbälle u. s. w. Ich habe nichts dagegen, daß der Arbeiter sich vergnügt, aber dann soll man nicht immer in der sozialdemokratischen Presse über die harmlosen Vergnügungen der besser situierten Bevölkerung herzählen.

Abg. Bebel (S.-D.): Wenn ein Arbeiter sich in Widerspruch setzt gegen die Interessen der Arbeitgeber, wird er auf die schwarze Liste gelegt und hinausgeworfen. Es ist natürlich, daß die Gewinnungsgenossen diese Leute unterstützen und sie als Agitatoren und Redakteure beschäftigen. Ich schätze die Thätigkeit eines solchen Agitators quantitativ und qualitativ bedeutend höher als die Thätigkeit der sächsischen Vertreter im Bundesrat. (Unruhe rechts.) Ich bleibe dabei, die Dresdener Polizeidirektion hat mit ihrer Verfügung ungewöhnlich gehandelt. Aus der Thatache, daß sich ein paar Tausend Arbeiter einen Tag im Jahr amüsieren, kann man nicht schließen, daß ein Notstand nicht besteht. Rechnet der Abg. Mehnert auch die Herrenabende und die Ballettensemble zu den "harmlosen" Vergnügungen? Die Arbeitgeber haben selbst ein Interesse daran, einen Theil ihrer Arbeiter in Zeiten der Krise zu beschäftigen. Das ist nur ein Akt der Berechnung. Man verlangt immer von uns, wir sollten unsere Ziele klar legen. So lange wir Ihnen gegenüberstehen, die nicht die kleinste Konzession im Arbeiterkampf machen, werden wir das nicht thun. Jeder, der sich dafür interessirt, kann sich aus der sozialdemokratischen Literatur unterrichten. Gegenüber den Nachweisen aus der Einkommensteuer-Beranlagung mache ich darauf aufmerksam, daß 90 vC aller sächsischen Arbeiter weniger als 1800 Mark Einkommen haben. Daß das Kleingewerbe und das Handwerk großen Anteil an den Konkurrenz hat, ist ein Beweis für unsere Behauptung, daß die mittleren Schichten rapid zu Grunde gehen. Wer für die Sparfasseneinlagen als Beweis für die gute Stellung der Arbeiter anführt, versteht vom Sparkassenwesen nichts. Bei dem niedrigen Stand der Staatspapiere legen die Leute eben ihre Ersparnisse in der Sparkasse an. Wenn den Führern der sozialdemokratischen Partei der Vorwurf gemacht wird, selbst sie hätten auf dem Arbeiterfest in Trianon bei Dresden die Narrenkappe aufgesetzt, so sage ich: bei uns haben die Führer die Narrenkappe nur einmal im Jahr auf dem Haupt, bei andern Parteien das ganze Jahr. (Große Heiterkeit.)

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Ich bedauere, daß Abg.

Inserate, die sechsgehalbte Zeitteile oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Erstausgabe für die
Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Bebel nicht nach dem Wunsche des Abg. Buhl ein klares Bild des sozialdemokratischen Staates gegeben hat. Wie denken sich die Sozialdemokraten, daß der Notstand, die Poverté aus der Welt geschafft werden kann. Die von den Sozialdemokraten angekündigten Wege, achtfürstündiger Arbeitstag, Regelung des Submissionswesens u. s. w. sind anerkanntermaßen nicht denkbar. Bei der Notstandsdebatte habe ich ausdrücklich gesagt, es wäre eine Thorheit, das Vorhandensein eines Notstandes zu leugnen, aber der Notstand ist nicht so groß, daß ein Eingreifen des Reiches notwendig wäre. Man hat alle möglichen Geschichten vorgebracht, um den Notstand zu beweisen. Dabei ist man mit der Wahrheit ganz eigenhändig umgegangen. Ihren Büchern gegenüber kann ich solche entgegenhalten, die das Verhalten der Regierung billigen. Der Arbeiter findet noch immer Arbeit, wenn er sie nur da sucht, wo sie vorhanden ist. Der Notstand ist erzeugt durch den fortgesetzten Zugzug aus dem Lande in die Industriebezirke. Aber Sie wollen diesen Zugzug, diese Konkurrenz, nicht erschweren. Was die Belze der Eisenbahnschaffner anberichtet, so liegt die Sache folgendermaßen: Die Verwendung von Belzen ist in den verschiedenen Direktionsbezirken verschieden. Nach wie vor fahren die Beamten in Belzen, nur da, wo die Beamten sich in geheizten Kupees befinden und der Belz eine Last ist, haben einzelne Direktionen, nicht der Minister, denselben abgeschafft. Was die Vöhnungsart betrifft, so kann man der Eisenbahnverwaltung keinen Vorwurf machen. Die Vöhnungsanzahl geschieht vierzehntägig, und nur am Ende des Monats wird abgerechnet. Dieses Vorzeigen geschieht zum Theil auf Zustimmung der Arbeiterausschüsse. Die Eisenbahnschaffner thut dies aus Sparjätschaftsübung, aber die Arbeiten werden dadurch nicht beeinträchtigt. Herr Bebel hat gegen die Regierungsvertreter persönliche Spitäts angewandt. Es mag richtig sein vom Standpunkt des Bebels, daß ein sozialdemokratischer Agitator mehr arbeitet, als ein Bundesratshämtling. Aber ein Unterschied besteht. Wir wollen den Dingen ehrlich auf den Grund gehen und wollen auch wirklich helfen und schaffen im Dienste des Vaterlandes, und Sie wollen Unzufriedenheit sät, und da machen wir nicht mit. (Beifall.)

Abg. Dr. Mehnert betont gegenüber dem Abg. Bebel, daß die Sparvereinigungen zum bei weitem größten Theile aus den untersten Schichten herrühren. Herr Bebel hat gewisse Feste der Bestehenden hier hineingezogen. Wie verurtheilen solche Ausschreitungen ebenso scharf und schärfster als die Sozialdemokraten.

Abg. Dr. Bachem (Btr.): Die Sozialdemokraten werfen jeden Notstand unserer Gesellschaft vor. Warum weigern sich denn die Herren, uns den sozialdemokratischen Staat auszumalen? Ich habe die sozialdemokratische Literatur mit heißem Begehr studiert, aber als ich fertig war, da stand ich, ach, ich armer Thor, und war so klug als wie zuvor. (Heiterkeit.) Ich zweifle an Ihrer Fähigkeit, uns ein klares Bild Ihrer Ideen zu geben. Es ist mitunter versucht worden, aus hier und da zerstreuten Rudern und Aperçus einen sozialdemokratischen Staat aufzubauen, wie das Herr Richter gethan hat. Sie erkennen diesen vom Kollegen gezeichneten Staat nicht als den sozialdemokratischen an, wir dürfen Sie daher nicht von der Pflicht entbinden, diesen sozialdemokratischen Staat zu zeichnen, und Sie müssen uns ein Werk bieten, das ebenso geistreich ist wie die Darstellung, die wir an Werken des Kollegen Richter bewundern. Wie wollen Sie, die Sie nicht einmal Ihre Partei regieren können, einen Staat regieren? Hat denn Bebel die Autorität, oder Liebknecht, oder gar Herr Singer? (Heiterkeit.) Nirgends ist so wenig Solidarität, Berufsfreudigkeit, soviel Misgung und Neid wie bei Ihnen. Kommt es etwa bei uns vor, daß man einem Führer vorwirft, er habe 10 000 Mark Einkommen? Sie kämpfen immer auf die Tyrannie in unserem Staat. Ist die Tyrannie bei Ihnen geringer? Herr Bebel ist doch bloß deshalb nicht der größte Tyrann, weil es ihm nicht gelungen ist, die Jungen aus der Partei herauszuwerfen. Im sozialdemokratischen Staat werden Sie ohne Tyrannie auch gar nicht auskommen können. Vor den Augen von ganz Deutschland werden Sie Ihren Staat klarlegen müssen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie, daß wir einen Sprung ins Dunkle machen werden mit Leuten, die nicht einmal im Stande sind, eine Bädergenossenschaft zu halten. Der deutsche Arbeiter wird von Ihnen einmal Rechenschaft fordern, nachdem er so lange genascht hat. Wenn die Streits unglücklich verlaufen, so schütteln Sie die kleinen Agitatoren von Ihren Hosenschößen ab, und doch leben diese Agitatoren ebenso von der Partei wie Sie. (Beifall rechts.) Sie vertrösten immer die Arbeiter, aber auf die Dauer werden Sie es nicht mitmachen. Ihr sozialdemokratischer Staat ist ein leerer Wahngebilde ohne Fleisch und Blut. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Bebel beantragt die Bertagung und bezweifelt, als sich nur eine Minderheit für den Antrag erhebt, die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es erfolgt die Auszählung des Hauses, die 68 Stimmen für und 79 Stimmen gegen den Antrag ergibt. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Initiativanträge, darunter Antrag Ackermann, betr. Befähigungsnachweis.) (Schluß 5 Uhr.)

Deutschland.

Berlin, 31. Jan. Die Militärmmission hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Es kann wohl 14 Tage dauern, ehe sie wieder zusammentritt. Am Freitag wird die Subkommission zur Erörterung der Frage der Kostendeckung ihrer Arbeiten beginnen. Diese Subkommission muß aber naturgemäß noch langsamer als die große Kommission arbeiten, weil sie es mit sehr unklaren Verhältnissen zu thun hat. Bisher ist auch nicht einmal annähernd versucht worden, die Kostenrechnung der Militärvorlage genauer zu kontrollieren. Der Abg. Richter mache heute in der Kommission eine Gegenrechnung auf, die etwa 40 Millionen mehr anzeigt. Wenn solche Differenzen möglich sind, dann wird die Subkommission

ihre Aufgabe gar nicht sorgfältig genug erfüllen können. Dies ist die eine Seite der Sache; die andere erscheint noch wichtiger. Die Kommission, sowohl die große wie ihr Ausschuss, werden mit den Not behelfen der drei Malzahnschen Vorlagen schwere Arbeit bekommen. Nur den ganz ungefähren Rahmen hat der Schatzsekretär mit leichten Strichen hinzufügt. So wie sie jetzt ist, ist weder die Brau steuer noch die sogenannte Branntweinsteu - Reform noch die Börsensteuer brauchbar. Die Haupt sache aber ist: Selbst bei zweckmäßiger Ausgestaltung dieser Entwürfe müßte die Kommission noch darauf dringen, daß über den ganzen Umfang der Finanzlage des Reichs und über die Rückwirkung der neuen Militärlasten auf die künftigen Staatsverhältnisse gründliche Klarheit gewährt wird. Herr v. Malzahn ist heute auf die betreffenden sehr dringenden Fragen des Abg. Richter vorsichtig ausgewichen. Weiß er nicht, welche Forderungen der Reichskanzler durch ihn noch stellen wird? Oder will er es nicht sagen? Mit dem Vertuschen und Beschwichtigen kann es jedoch nur eine kurze Zeit gehen. Immer mehr verlegt sich der Schwerpunkt der Reichstagsarbeiten in die Militärlkommission. Dass die fortgesetzte Vertragungstaktik der Kommission dem Reichskanzler gegen den Strich gehe, kann man durchaus nicht wahrnehmen. Im Gegentheil. Graf Caprivi mag meinen, daß, je länger die Entscheidung sich hinzögert, desto größer die Neigung zur Verständigung werden muß. Er selbst aber wird wahrscheinlich noch entgegenkommen. Kern und Hauptstück der Caprividischen Taktik ist das Durchschimmerlassen dieser Neigung zum Entgegenkommen, ohne daß die Grenzen des künftigen Kompromisses näher bestimmt werden. Selbst wenn das Brechen noch kommen sollte, so hält es der Reichskanzler einstweilen mit dem Biegen.

— An einem heute (Dienstag) vom Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg gegebenen Diner nahmen Graf Caprivi, mehrere Minister und zahlreiche Abgeordnete, darunter Frhr. v. Manteuffel, Frhr. v. Erffa, Graf Arnim und Graf Stolberg teil. Der Kaiser erschien um 8 Uhr Abends. Das Fest, bei welchem eine angeregte Stimmung herrschte, fand erst in später Stunde seinen Abschluß.

— Der „Moniteur de Rome“ spricht nach einem Telegramm der „Boss. Ztg.“ aus Rom in einem Artikel von den verzweifelten und vergeblichen Anstrengungen, welche man in Berlin mache, um des Patrians Hilfe für die Durchbringung der Militärvorlage zu erreichen. Beweis dafür sei die Sendung des Generals v. Loe nach Rom. Der „Moniteur“ sagt, der heilige Stuhl hat keine Ursache zu einer Einmischung in die Militärfrage; es wäre unklug, auf eine Hilfe zu rechnen, die ausbleiben wird.

— Wie schon gemeldet, ist der Herzog von Ratibor Montag Abend auf seinem Schloß Rauden in Schlesien gestorben. Vittor Moritz Karl Franz Herzog von Ratibor, Fürst von Corvey, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der ältere Bruder des kaiserlichen Statthalters in Elsaß-Lothringen, war am 10. Februar 1818 zu Langenburg geboren. Er war preußischer General der Kavallerie à la suite der Armee und Ritter des Schwarzen Adler-Ordens, auch Mitglied des Staatsrates. Er wurde durch Verordnung vom 3. Februar 1847 ins Herrenhaus berufen und be-

leidete seit dem 11. Januar 1877 die Stellung eines Präsidenten des Herrenhauses. Er bewährte in dieser Stellung eine ausgehende Sachkenntnis und eine nie verjagende Lebendigkeits, so daß sein Hinscheiden in parlamentarischen Kreisen allgemeine Traurigkeit hervorrufen wird. Nachfolger in der Herrschaft ist des Herzogs ältester Sohn, Erbprinz Viktor Amadeus. Wie die „A. R. K.“ erfährt, kommt als Nachfolger des Herzogs im Präsidium des Herrenhauses in erster Linie der Fürst zu Stolberg-Wernigerode, in zweiter der Graf zu Stolberg-Rotha in Betracht.

Ziegnis, 31. Jan. Der freisinnige Wahlkandidat Stadtverordneter Jungher wurde zum Stadtrath gewählt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 31. Jan. Die Militärlkommission des Reichstags trat heute Vormittag, in ihrer achten Sitzung, in die Spezialberatung der ihr überwiesenen Vorlagen ein. Zunächst wurde eine finanzpolitische Erörterung der durch die Militärvorlagen bedingten Mehrkosten bestellt. Abg. Richter führte aus: Hauptaufgabe der Spezialdiskussion sei die finanzielle Klärstellung. Er beantragte daher: I. eine Subkommission einzulegen, zur Feststellung a. der dauernden Ausgaben, welche die definitive Durchführung der Militärvorlage verursacht, b. der einmaligen Ausgaben für die Vorlagen, c. der fortdauernden und einmaligen Ausgaben für Militär und Marine, welche durch schon bestehende Gesetze bedingt sind. Der Redner bemängelt im einzelnen die vorliegenden Kostenanschläge als höchst unvollständig. Die Erhöhung der Gemeinkosten sei nicht berücksichtigt, die unzweckhaft bei einer Erhöhung der Präsenzstärke um ca. 20 Prozent entsprechend wachsen würden. Die fortdauernden Ausgaben, im Ganzen, seien nach summarischer Schätzung um rund 14 Millionen Mark zu niedrig veranschlagt worden. Dazu komme eine Erhöhung des Pensionsfonds um rund 6 Millionen, zusammen also mindestens 20 Millionen Mark. Bei den einmaligen Ausgaben schätzt Abg. Richter die Kosten der definitiven Kaiserkrönung auf mindestens 150 Millionen. Die Mehrkosten anlangend, so ist der Fortfall aller Manquements, die Erhöhung der Pensionen, abgesehen von der geplanten Vermehrung, ferner die Vermehrung der Pensionen für die Hinterbliebenen, ferner die Vermehrung der großen Nebenspäle für die meisten Armeekorps von je ca. 2 Mill. zu berücksichtigen. Ferner seien 16 000 Mann und 2000 Pferde von den schon vorhandenen Truppen losgelöst. Dazu komme die Vermehrung der Marine im Extraordinarium von über 50 Millionen u. s. w. u. s. w. Abgeordneter Richter beantragt daher: II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Aufstellung der Mehrausgaben, welche in den nächsten fünf Jahren aus bestehenden Gelehen u. c. abgesehen von Militär und Marine, zu erwarten sind, vorzulegen. Die ganze Schwere der neuen Militärmassen werde sich erst in späteren Etats herausstellen. Im nächsten Etat erscheine nur die Hälfte der Mehrausgaben. Redner entwirft ein eingehendes, sehr trübes Bild von den finanziellen Verhältnissen, wie sie sich durch Vermehrung der Ausgaben und Verminderung der Einnahmen (die letzteren dürften den tiefsten Punkt im vorigen Jahre kaum erreicht haben) gestalten würden. Eine genaue Stütze der Zahlen zu geben, könne dem Herrn Schatzsekretär nicht schwer fallen; er würde sich wahrscheinlich schon eine solche Aufstellung gemacht haben. Schon aus den bisherigen Gesetzen folge eine Mehrausgabe in den nächsten fünf Jahren von 100 Millionen Mark ohne die jetzige Militärvorlage. Wie sollen die Kosten gedeckt werden? Der Sprung ins Dunkle dürfte nicht erfolgen. Major Wahs: Die Militärvorlage ist mit dem Antrag Richter auf Einsetzung einer Subkommission einverstanden; sie wird in derselben detailliert nachweisen, daß der überreichte Vorschlag der Mehrkosten wohlgegründet ist. Schon jetzt könne er erklären, daß der Abg. Richter die Mehrkosten viel zu hoch berechne; es sei etwas anderes, ganz

neue Organisationen zu schaffen, als in bestehende Organisationen etwas einzufüßen. Redner gibt eine detaillierte Aufstellung der Kosten der künftigen Kaiserkrönung und der Paraden, welche für 50 Jahre ausreichen sollen. Auch bezüglich der anderen Positionen sei auf Grund eingehender Vermittelungen der Vorschlag der Militärvorlage festgestellt worden. Der Zuwachs des Pensionsfonds, der nicht berechnet worden sei, würde auf 5 Millionen zu schätzen sein. Eine künstliche Herausdrückung der Mehrkosten habe durchaus nicht stattgefunden. Staatssekretär v. Malzahn: Ob der Tropunkt der wirtschaftlichen Entwicklung überwunden sei, könne Niemand feststellen. Aber von einem Defizit des Reichshaushalts könne nicht die Rede sein; der Vorschlag der Einnahmen werde sogar überschritten. Einzelne Ausfälle stehen Mehrausgaben gegenüber. Der Staatssekretär ist bereit, des Näheren zu erweisen, daß der Etat für 1892/93 sich noch günstiger gestalte, als er im Herbst vorausgesagt habe. Alle Schätzungen für die Zukunft seien selbstverständlich unsicher; auf fünf Jahre hinaus hätten dieselben keine Bedeutung. Man denke nur an die überaus schwankenden Kosten für Naturalversorgung, an das Schwanken der Einnahmen selbst nach Monaten. Was die Regierung in dieser Beziehung bieten könne, könnten sich die Abgeordneten selbst ohne Mühe zusammenstellen. Für das nächste Etatjahr decken, abgesehen von der Militärvorlage, die eigenen Einnahmen des Reiches die Ausgaben. Für die Mehrausgaben, welche durch die neue Militärvorlage erfordert werden, habe die Regierung spezielle Deckung durch die neuen Steuervorlagen vorgeschlagen. Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) erklärt sich ebenfalls mit der von Richter beantragten Subkommission formell einverstanden. Eine allseitige Verständigung sei jedoch auch in der Subkommission nicht zu erwarten, da vieles auf subjektiver Ansicht beruhe. Es würde im wesentlichen die Beratung auf längere Zeit verzögert werden, da die Gesamtdiskussion in der vollen Kommission doch noch einmal sich wiederholen würde. Abg. Dr. Buhl (natl.) erklärt sich entschieden für die Subkommission, da die finanzielle Tragweite der Vorlage genau festgestellt werden müsse. Die Schätzungen Richters beruhen auf der Annahme einer Heeresvermehrung von über 100 000 Mann, welche nicht erwiesen sei. Der Herr Schatzsekretär habe den zweiten Antrag Richters nicht ganz richtig aufgefaßt, auch dieser Antrag sei wohlgegründet und ausführbar. Die künftige Erhöhung der Zusätze zu der Invaliden- und Altersversicherung und der Schulzinsen müsse anerkannt werden. Der Schatzsekretär werde in der Lage sein, die Pläne der Regierung, die Anleihen verursachen, mitzutheilen. Abg. Richter verteidigt seine Anträge und besonders den zweiten gegenüber dem Staatssekretär von Malzahn, der, wie es scheint, noch keinen finanziellen Gesamtplan für die Zukunft aufgestellt habe. Staatssekretär v. Malzahn will durchaus nicht hinter dem Berge halten. Er werde nach den Beschlüssen der Kommission über die Richterischen Anträge pflichtgemäß Stellung nehmen. Direktor Aschenborn gibt eingehende Auskunft über die künftige finanzielle Lage. Auch die Einnahmen werden nicht unerheblich steigen, schon durch die Bevölkerungszunahme; auch seien Revenuen vorhanden, z. B. der Fortfall der Zuckerprämien. Redner gibt anknüpfende Bissern über das Anwachsen der Schulzinsen u. s. w. Das laufende Etatjahr werde noch 8–10 Millionen mehr an Überschüsse ergeben. Abg. Dr. Lieber (Str.) tritt wesentlich aus den v. Dr. Buhl vorgebrachten Gründen für die Richterischen Anträge ein. Abg. Frhr. v. Hammerstein (lons.) untertritt ebenfalls den Antrag Richter auf Einsetzung der Subkommission. Er wünscht Auflösung über die künftige Finanzabwicklung, besonders auch mit Rücksicht auf die schwedende preußische Finanzreform. Schatzsekretär v. Malzahn erklärt, es bestehe Einverständnis zwischen der preußischen und der Reichsregierung darüber, daß die Kosten der Militärvorlage ausschließlich aus den eigenen Mitteln des Reiches bestreiteten werden sollen. — Schließlich wird der Antrag Richter auf

Wie das estnische Volk tauft, begräbt, heirathet.

(Von unserem Korrespondenten.)

[Nachdruck verboten.]

— Riga, 29. Jan.

Das estnische Volk ist von seinem Überglauben, seinen aus der Hand grauer Jahrhunderte empfangenen Gebräuchen untrennbar. Warum das so ist, wer würde es! Vielleicht ist die estnische Naivität und die estnische Strafe, aber natürliche Individualität die Kette, die das Volk am Überglauen oder den Überglauen am Volk hält. Gefügt und Vernunft ist bei den Esten aber nicht im Zwielicht; meinetwegen bei allen anderen Völkern mag der Überglau das Sensurzeichen gefügter Dummheit sein, nicht aber bei den Esten. Die Esten sind in der Kultur fortgeschritten, sie sind klug, verständig, umstichtig, eifrig und haben ein Gedürfnis an Geistesnahrung. Das bezeugt die reich hervorleuchtende (obwohl nicht durchweg gediegene) estnische Literatur und die flotte estnische Journalistik. Es will schon etwas sagen, wenn ein Volk von ungefähr einer Million Köpfen Buchauslagen von vier, fünf und noch mehr tausend Exemplaren möglich macht. Da, es wurden in neuester Zeit einige Werke in zwanzig und dreißig Tausend Exemplaren abgesetzt. Trotzdem huskt der Teufel noch auf den estnischen Fluren, spult in den estnischen Oseen und Wällern, und trotzdem glaubt man noch an Cholera- und Pestmachung und an anderes Verwundete. Sagen wir dem Esten, daß es mit dem Teufel und der Cholera- und Pestmacherin ein Glück ist. — was sind wir dann für ein großer Dummkopf! Sprechen wir im nächsten Augenblide mit den Esten aber von anderen, für ein Volk schwerer begreiflichen Dingen, sind wir alle durch die Bank verständige Leute.

Unlängst schilderte ich estnische Feiertags-Gebräuchlichkeit und wie ich dort nur das Originale heranzog, so thue ich es auch hier. Erschöpfend zu sein, verbietet mir der enge Rahmen eines Zeitungsfeuilletons. Bemerken muß ich auch, daß die nachstehenden Gebräuche in Estland nicht allgemein sind; sie bilden hier ein Konglomerat aus so vielen Distrikten.

Die Wöchnerin muß schwarz gefleidet sein, denn das Schwarze ist Gegengift für den bösen Blick. Der böse Blick aber könnte die Wöchnerin um alle ihre Erwartungen bringen. Wer die junge Mutter besuchen geht, bringt ihr eine Schüssel voll Brot, in welchem einige gekochte Eier eingesezt sein müssen. Auch Geld pflegt bei der Gelegenheit geschenkt zu werden. Bis ein Kind noch nicht getauft ist, darf es nicht ein Weilchen ohne Aufsicht gelassen werden und wenn es dunkel ist, muß Vicht beim Kind brennen, denn sonst würde der Teufel Gelegenheit finden, den jungen Weltbürger mit einem Kind aus Erlenholz zu vertauschen. Deshalb hält die Mutter ihr Kind so viel wie möglich auch im Arm und betreut es. Ist das neugetauchte Kind ein Mädchen, so wirft man einen Schoß voll Holz in den Ofen und man legt Strümpfe und Handschuhe auf das Holz und auf den Ofen, wodurch bewirkt wird, daß das Kind flink und arbeitsam wird. Den Tag nach der Taufe gehen alle Hausgenossen in die Badstube und die Taufmutter oder die Hebammie giebt dem Vater dann tüchtig Hiebe mit dem Badequast, weil er seinem Weib Schmerzen bereitet hat. Die erste Tochter eines Ehepaars wird mit dem Rosenamen Aschensack belegt, der erste Sohn wird Vaters Aschensack genannt.

Beim Sterben und Begraben beobachtet das estnische Volk viele sonderbare Gebräuche. Legt jemand in den letzten Zügen, so öffnet man die Thür, damit die scheidende Seele ungehindert

hinausgehen kann. Ist im Zimmer ein Spiegel, so wird er verhängt, damit der Tod daraus nicht hervorbringe. Wurde ein Todter sehr geliebt, so legt man ihm Wolle in den Sarg und bindet man um das Kopfende des Sarges kreuzweise einen Faden. An einzelnen Orten legt man der Leiche eines Mannes Branntwein, ein Bell, das Rauchmessner und anderes Gerät in den Sarg mit; eine weibliche Leiche bekommt in den Sarg mit einen Armband Holzspäne, eine eingefädelte Nadel und Zwirn und Lappen zum Ausbessern ihrer Kleider auf dem Begeis ins Gesicht. Wo anders giebt man dem Verstorbenen ohne Geschlechtsunterscheidung mit: ein Kreuz aus Strohhalmen oder Holzspänen auf die Brust, Seife, Kopfsürze, einen Badequast, auch etwas Geld und Speise. Die Leiche erhält auch einen angebrannten gewesenen Kleinen in die Hand gedrückt, damit sie Licht machen kann auf den Pfaden des finsternen Todesfalls. Wenn der Sarg zum Hinausführen auf den Wagen oder Schlitten gelegt ist, so haut man einem Hahn hinter dem Gesäß mit einem Bell den Kopf ab und dies soll verhindern, daß der Tod als Gespenst die Nachbleibenden befinde. Ist das Leichengefäß ins Thor gekommen, so wirft man ihm eine Kanne Bier oder mit einem Glas Branntwein unter die Nase, bzw. Kufen und dann soll der Verstorbene in jener Welt sich nicht auf den Trunk verlegen. Wenn die Begleiter der Leiche ins Trauhaus zurückgekehrt sind, schwingen sie Baumzweige, die sie auf dem Wege abgeschnitten und rufen den Hausgenossen zu: Sterbet nicht, auf dem Kirchhof ist kein Platz für Euch.

Wenn der Esten zur Brautwerbung geht, so wählt er dazu allemal den Abend und zwar den Dienstag-, Donnerstag-, oder Sonnabend-Abend. Zur Freiheit gehen ist bei den Esten ein verschämtes Thum und daher muß es dunkel bei der Gelegenheit sein. Der Freier selbst spricht nie das erwählte Mädchen an, sondern dafür hat er einen „Führer“ (im Estnischen: Nasensacker), einen jungen Gefessel mit. Der Antrag wird meistens in aller Heimlichkeit vorgebracht, so daß das Gesinde nichts davon merkt. Ist der Antrag genehm, so thelt der Hausvater die Sache dem Gefesse mit und dann überreicht der Führer der künftigen Braut eine mitgebrachte Flasche Branntwein und ein Stück Weißbrot, welches beides später von den Freiern und Hausgenossen gemeinsam verbraucht wird. Die Annahme der Branntweinflasche durch die Angeworbene bedeutet formell die Annahme der Werbung. Wenn der Freier mit seinem Führer das Haus der Braut verläßt, wird der Führer von der Braut mit einem Paar Handschuhe oder Strümpfe beschenkt. Eine Hochzeit beginnt mit dem Abholen der Braut und des sogenannten „Brautkastens“, der Geschenke für die Hochzeitsgäste enthält. Wenn der Bräutigam, mit seinem Hochzeitsstroh seine Braut abholen geht, macht er etwa eine halbe Werst vor dem Gehöft der Braut Halt und zwei Werstene mit Degen an der Seite und Wierkanne in der Hand geben dann als Späher voraus. Sie finden Alles verschlossen und verbarrikadiert, man jagt sie fort und schießt mit Flinten hinter ihnen her. Sie kommen aber wieder und das dritte Mal läßt man sie ein, worauf dann die Nebriegen folgen. Auch sie finden Anfangs Widerstand, ihr Schießen wird von dem Vater der Braut und ihren Gästen, welche scherhaft das Haus vertheidigen, erwidert. Da die Nebenrumpelung somit nicht gelungen ist, so legen sich jene aufs Bett. Sie möchten nur eine Kuh suchen oder sonst etwas, oder bitten als Fremde um ein Nachtlager. Man entschuldigt sich mit Mangel an Raum und sucht sie durch allerlei Kreuzfragen zu verwirren. Nachdem auf diese Weise unter mancherlei Scherzen und verblümten Reden der größte Theil der Nacht vergangen ist, erscheint endlich der Hausvater mit einer großen Kanne voll

Bier und damit ist Eingang gewährt. Wenn der Bräutigam und seine Gäste von dem Bier gefestet haben, ziehen sie ein. In dem Augenblick begiebt sich die Braut auf den Hof unter die zuschauenden Mädchen und sie wird dann unter Wechselgefängnis mit diesen von der Mutter des Bräutigams, anderthalb von irgend einer anderen Frauensperson aus den Gästen des Bräutigams hervorgeholt. Die beiden mit Degen bewaffneten stellen sich, diese kreuzend, an die Thür, und die Braut muß drei Mal unter denselben durchlaufen und sich dann verstecken, während eine alte Matrone jedem der zuschauenden ein Stück von dem Bratkuchen abschneidet. Sodann hat die Brautjungfer, die hier in ein weißes Bettluch eingehüllt sein muß, sich zu der Braut zu begeben. Nach dem Morgenimbiss fährt man zur Trauung. Beim Hinausgehen in die Kirche halten sich alle dicht an einander, ebenso Braut und Bräutigam bei der Trauung, damit der Teufel oder böse Menschen nicht dazwischen kommen. Die Braut und der Bräutigam müssen vor dem Altar zugleich niederkeulen; wer es früher thut, stirbt eher, wie auch, wer nach der Trauung zuerst einschläft. Beim Hinausgehen aus der Kirche läßt die Braut ein unter der Achsel gehaltenes Stück Gelb fallen gegen Zauber und böses Auge. Aus der Kirche kehrt man in das Haus der Braut zurück, aber nicht auf lange Zeit; es wird nach dem Hause des Bräutigams schon aufgebrochen, nachdem etwas gegessen und getrunken worden. Vorerst muß der Braukasten „erlaufen“ werden. Das geschieht, indem der Brautmarschall, einen Degen in der Hand, sich auf den Kasten setzt, wobei ein von dem Bräutigam dazu erwählter Mann nach dem Preise des Kastens fragt. Die Antwort lautet: fünf alte, sechs karte, hundert deutsche Thaler. Ist das Geld bezahlt, so fährt der „Kastensäcker“ den Kasten nach dem Hause des Bräutigams fort; wenn er die Fahrleinie in die Hand genommen hat, sagt er: leert mich, ich, ein Stück bringe ich fort, selten komme ich, ein Loch lasse ich zurück. Die Braut wird nun in ein Bettluch gehüllt und so nimmt sie Abschied von ihren Eltern, um in ihr neues Heim zu gehen. Wenn die Braut dort angekommen, vom Schlitten oder Wagen gehoben wird, so schüttet man ihr Hafer über den Kopf, damit die Haustiere gedeihen, aber auf die Pferde am Brautwagen gleicht man Bier. Unterwegs muß die Braut die Augen geschlossen halten, damit keine Hexen an ihr haften. Um einige Zeit beginnen die Verhandlungen über die Geschenke der jungen Frau. Der Braukasten befindet sich im Speicher. Bevor er geöffnet wird, springt ein Bursch drei Mal auf seinen Deckel, währenddessen die Welber einen ernahmenden Gesang produzieren. Bei der Vertheilung der Gaben hat der Brautmarschall die Hauptrolle zu spielen: er giebt nach mancherlei Scherzen und Hin- und Herreden „den Paß zu lesen“, d. h. er zieht aus dem Buße einen Teller, auf dessen Boden das Wort „raha“ (Geld) geschrieben steht, und jeder wird so lange wiederholentlich angegangen, Geld darauf zu legen, bis nichts mehr zu erlangen ist. Darauf werden nun die Geschenke verteilt mit scherhaften Entschuldigungen, daß sie nicht besser ausfallen sind. Der Brautmarschall überreicht an der Spitze des Degens jedem das für ihn bestimmte und für jede Gabe muß wieder gezahlt werden. Ist der Braukasten leer geworden, so führt der Schwiegervater die Schwiegerländer in den Viehhof und schenkt ihr einen Ochsen oder eine Kuh und sie bindet dem Thier ein Paar Handschuhe an die Hörner für den Schenker.

Eine estnische Hochzeit wird gewöhnlich drei bis vier Tage gefeiert.

Einsetzung einer Subkommission von sieben Mitgliedern, zur Klärung der finanzpolitischen Seite der Militärvorlage angenommen. Der Termin der nächsten Sitzung der Vollkommission ist von dem Fortgang der Arbeiten der Subkommission abhängig gemacht.

Berlin, 31. Jan. Die Steuerreform-Kommission des Abgeordnetenhauses setzte gestern Abend die Beratung des Kommunalabgaben-Gesetzes fort. § 26, der bestimmt, daß der zuständige Steuerausschuß, wenn sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeindebezirke erstreckt, die Zerlegung des Gesamtsteuerzahles in die auf die einzelnen Gemeinden entfallenden Theilbeträge zu bewirken hat, wird nach langer Debatte unverändert angenommen. Zwei Anträge der Abg. Schmid (nati.) und Schlaib (freitons.), die bezweden, Gewerbebetriebe auch in Gemeinden zur Steuer heranzuziehen, in deren Bezirk der Betrieb zwar nicht ausgeübt wird, denen der Betrieb aber Lasten oder Kosten verursacht, werden einer Subkommission zur Vorberatung überwiesen. § 27, der bestimmt, welche physischen Personen oder Körporationen und Gesellschaften der Gemeinde-Einkommensteuer unterworfen sind, blieb im Wesentlichen unverändert, nur der letzte Absatz erhielt auf Antrag des Abg. Dr. Friedberg (nati.) folgende Fassung: „Personen, welche in dem Gemeindebezirk einen die Dauer von drei Monaten übersteigenden Aufenthalt nehmen können, sofern nicht aus den Umständen ersichtlich ist, daß nur ein vorübergehender Aufenthalt beabsichtigt wird, gleicht denjenigen, welche in der Gemeinde einen Wohnsitz haben, zu den Gemeindesteuern herangezogen werden.“ Heute Vormittag nahm die Steuerreformkommission die §§ 28 und 29 des Kommunalabgaben-Gesetzes (fakultative Befreiungen von der Steuerpflicht für Grundstücke und Betriebe) unverändert an. Bei § 50 (Zuschläge zur Einkommensteuer) wurde dem Abs. 5, welcher lautet: „Eine veränderte Bemessung der Zuschläge für die einzelnen Stufen des Steuertarifes bedarf der Genehmigung. In seinem Falle darf der Prozentsatz der Besteuerung in den unteren Stufen höher sein, als in den oberen,“ folgender vom Abg. von Jagow (cons.) beantragter Satz gefügt: „ebenso wenig dürfen anderseits die Zuschläge in den oberen Stufen höher sein, als in den unteren.“

Telegraphische Nachrichten.

Mannheim, 31. Jan. Infolge Stauung des Neckars sind zahlreiche Orte des Neckarthalens von Hochwasser heimgesucht. Der Schaden ist bedeutend, die Lage gefährlich, da das Neckareis infolge des noch feststehenden Rheineises nicht abgehen kann.

Augsburg, 31. Jan. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Vorstand des deutschen Juristenvereins, den Juristentag dieses Jahr in Augsburg abzuhalten.

Wien, 31. Jan. Das „Fremdenblatt“ theilt mit: Der Ministerpräsident Graf Taaffe übergab gestern den Obmänner der drei großen Klubs das neue Regierungsprogramm, welches in dem vorgestern unter dem Vorsitz des Kaisers abgehaltenen Ministerrat neu festgestellt und revidiert worden ist. Der Ministerpräsident stellte hierbei den Parteiführern frei, das Programm ihren Parteivorständen oder dem Plenum ihrer Klubs zu unterbreiten. Wie verlautet, wären mehrere von den einzelnen Parteien vorgefeschlagene Modifikationen, darunter auch von der Linken aus gegangene Änderungen angenommen.

Wien, 31. Jan. Eine Meldung der „Politischen Correspondenz“ aus Pest stellt fest, daß die heutige Abreise des Ministerpräsidenten Wekerle nach Wien in keiner Weise mit irgendwelchen Veränderungen im Ministerium zusammenhänge.

Nach einer Meldung desselben Blattes aus Belgrad beabsichtigt die Königin Natalia nach Serbien im Mai nur dann zu kommen, wenn die Skupstchina vorher das Ausweisungsgesetz aufhebt.

Dux, 31. Jan. Auf der Strecke Dux-Preschen der Auflösungsleitung fand in Folge des dort betriebenen Kohlenbergbaus eine bedeutende Dammsezung statt. Der gesamte Lastenverkehr ist unterbrochen; der Personenverkehr wird mittels Umsteigens ermöglicht.

Pest, 31. Jan. Das Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage betreffs Ausrottung der kontagösen Lungenseuche mit einem von der Regierung acceptirten Beslußantrage an, in welchem letztere aufgefordert wird, möglichst bald eine Vorlage über die Einführung der obligatorischen Viehversicherung einzubringen.

Pest, 31. Jan. Der Streik der Arbeiter der ungarischen Gewehr- und Maschinenfabrik dauert noch fort. Drei Führer des Streiks sind verhaftet worden. 400 der Streikenden wollten in Folge der Befreiung der Direktion, die Beschwerden der von Agitatoren verführten Arbeiter zu berücksichtigen, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurden aber durch die Drohungen der Ausständigen daran verhindert.

Rom, 30. Jan. Guten Vernehmen nach hat die Revision der Emissionsbanken bisher, abgesehen von den bei der „Banca Romana“ entdeckten, keinerlei Unregelmäßigkeiten ergeben. Die Revision dürfte in der ersten Woche des Februar beendet sein.

Rom, 31. Jan. Die Sitzung der Deputirtenkammer verlief ohne Zwischenfall. Es wurde keine Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung von Deputirten verlangt.

Rom, 31. Jan. Nach einer Meldung der „Patria“ befinden sich unter den bei den Haussuchungen in den Büros von Tanlongo und Lazzaroni beschlagnahmten Papieren mehrere, durch welche verschiedene Persönlichkeiten kompromittirt würden, unter diesen auch zwei Deputirte, gegen welche die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung von der Kammer verlangt werden würde. Die betreffenden Schriftstücke sollen übrigens nach der „Patria“ einen juridischen Beweis gegen die gedachten beiden Deputirten nicht abgeben. Weitere Verhaftungen ständen bevor.

Catania, 31. Jan. Auf der Insel Stromboli fand gestern ein starkes Erdbeben statt, dem eine äußerst heftige vulkanische Eruption folgte.

Paris, 30. Jan. Zwischen Pichon und Deroulede fand heute Nachmittag ein Degenkampf statt, bei welchem Pichon in der Szene, Deroulede im Gesicht leicht verletzt wurde.

Paris, 30. Jan. Die Panama-Untersuchungskommission prüft heute die Frage, ob es nötig sei, einen Berichterstatter zu ernennen. Die Mitglieder der Rechten und der äußersten Linken betonten nachdrücklich, daß die Aufgabe der Kommission noch nicht vollendet, und daß es daher nicht angängig sei, einen Berichterstatter zu ernennen. Die Kommission verwarf sodann den Antrag auf Ernennung eines Generalberichts-

erstatters mit 15 gegen 10 Stimmen, desgleichen den Antrag auf Ernennung eines Spezialberichterstatters, der Delahaye dazu anhalten sollte, für seine Beschuldigungen den vollen Beweis zu erbringen. Die Kommission beschloß zwei neue Subkommissionen zu ernennen mit dem Auftrage, die Rolle besonders zu untersuchen, welche die Parlamentsmitglieder und die Presse in der Panama-Angelegenheit gespielt haben.

Paris, 31. Jan. [Deputirtenkammer.] Der Justizminister Bourgeois brachte heute den Gesetzentwurf ein, betreffend die Bekämpfung der gegen die staatlichen Sparkassen gerichteten Angriffe und verlangte die Dringlichkeit der Beratung. Der Finanzminister Tirard legte die Notwendigkeit dar, diese Angriffe zu unterdrücken. Obgleich die Beziehungen der Sparkassen vorzüglich seien, könnten derartige Angriffe dennoch den Kredit Frankreichs schädigen. Die Differenz zwischen dem Kaufpreis der im Besitz der Sparkassen befindlichen französischen Rente und dem gegenwärtigen Preis ergebe für die Sparkassen einen Gewinn von 500 Millionen Franks. (Vorfall.) Die Dringlichkeit wurde beschlossen und sofort in die Beratung der Vorlage eingetreten. Cassagnac erklärte sich entschieden gegen die Vorlage. Die Regierung habe die Besonnenheit verloren. Die Zurückziehungen von Sparkassen-Einlagen seien nicht infolge der Zeitungsartikel erfolgt. Cassagnac machte sodann unter großer Unruhe des Hauses eine Ausspielung darauf, daß ehemalige Minister Panamagelde vergaßt hätten. Der Ministerpräsident Ribot erklärte, die Regierung sei vollkommen ruhig und ihrer Sache sicher. Es habe bis auf den heutigen Tag weder eine große Erregung noch eine Panik in der Sparkassenangelegenheit existiert; die aus den Sparkassen zurückgezogenen Gelder seien gering, die Depots bei den Sparkassen erfreuten sich einer Garantie, welche alle anderen Garantien übersteige, nämlich diejenigen Frankreichs. (Vorfall.) Es sei also keine Unruhe vorhanden, wohl aber erforderlich es die Würde der Regierung, keine derartigen Drohungen und Brechfledzüge zu dulden. Die Regierung wolle nicht, daß man zu ihr und zu dem Land spreche, wie man es gethan habe. (Vorfall auf der Linken.) Man sage denjenigen, welche Einlagen machen, ihre Gelder seien nicht sicher, man wage Ansprüchen auf einen Krieg zu machen, ein Deputirter schreite, daß der Staat einen Vertrauensmisbrauch begehe; es gebe kein Land, in dem man eine ähnliche Sprache dulden könne. (Lebhafte Vorfall auf der Linken und im Zentrum.) Wenn die Regierung ein Gesetz hätte, würde sie unverzüglich gegen die betreffenden Personen gerichtlich eingeschritten sein. Um dies zu können, werde die Annahme eines Gesetzes verlangt, welches der Regierung bisher fehlte. Es sei unmöglich, die Institutionen Frankreichs derartig angreifen zu lassen. Nachdem die Generaldiskussion geschlossen war, wurde die Vorlage mit 326 gegen 178 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf bedroht die Angriffe gegen die Sparkassen mit einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten bis zu 2 Jahren sowie mit einer Geldstrafe. Die Kammer beschloß sodann mit 336 gegen 50 Stimmen, daß die Neden Tirards und Ribots in allen Gemeinden Frankreichs zum öffentlichen Anschlag gebracht werden sollen.

Paris, 31. Jan. Im Ministerium des Innern gilt das Gerücht, daß Arton in Rumänien verhaftet worden sei, für unbegründet. **Paris**, 31. Jan. Unter Hinweis auf die von mehreren Seiten gegen die staatlichen Sparkassen gerichteten Angriffe, sowie auf die von der Regierung in dieser Hinsicht geplanten Maßnahmen fordern einzelne Blätter ein Gesetz, durch welches die Verbreitung falscher, den Nationalkredit schädigender Gerüchte mit strengen Strafen belegt werde.

Lissabon, 31. Jan. Die Finanzkommission der Deputirtenkammer vertagte auf Antrag von Diaz Ferreira die Unterzeichnung des Berichtes bis Mittwoch. Wie gerüchtweise verlautet, beabsichtigt die Kommission die Zinsen für die Staatschuld noch weiter herabzusetzen und bezüglich der Amortisationen Aenderungen vorzunehmen.

London, 30. Jan. Nach einer Meldung des „Bureau Reuter“ aus Chicago sind die auswärts verbreiteten Nachrichten über den Einsturz von Ausstellungsgebäuden lediglich darauf zu beschränken, daß das Gebäude, in dem die industrielle Abtheilung untergebracht ist, infolge des Durchbruchs der auf dem Dache angehäuften Schneemassen beschädigt wurde und daß einige andere Abtheilungen durch Regen unwe sentliche Beschädigungen erlitten.

London, 31. Jan. Zu den amerikanischen Meldungen, wonach die englische Regierung gegen das Vorgehen der Vereinigten Staaten auf Hawaii Verwahrung eingelegt habe, wird hier bemerkt, daß sämtliche fremde Konsuln auf Hawaii gegen die Landung der Truppen protestirt hätten; die britische Regierung habe jedoch keinen Protest nach Washington gesandt, der übrigens durch die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten nicht als gerechtfertigt erachtet werden könnte.

London, 31. Jan. Wie dem „Standard“ aus Newyork gemeldet wird, steht die Ankunft englischer Kriegsschiffe in Hawaii in etwa 5 Tagen zu erwarten, man glaubt, daß die Königin von Hawaii die Unterstützung Englands gegen die Revolutionspartei anrufen werde.

London, 31. Jan. Nach einer Meldung des „Reuters“ aus Buenos-Aires hat Escalante die Neubernahme eines Portefeuille abgelehnt. Derselbe betonte die Notwendigkeit den Dienst für die öffentliche Schulden auf fünf Jahre einzustellen, fand aber bezüglich seiner finanz-politischen Gesichtspunkte nicht die Zustimmung der übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Man erwartet die Veröffentlichung eines Dekretes, wodurch die Emission von 26 Millionen in Papier, welche zum Zwecke der Kapitalbeschaffung für den „Banco Nacion“ erfolgen sollte, untersagt wird.

London, 31. Jan. Der „Times“ zufolge umfaßt der gestern veröffentlichte Bericht der englischen Regierung über die argentinischen Finanzen auch die Schulden der Städte und der Provinzen, für welche die nationale Regierung nicht verantwortlich ist.

Athen, 31. Jan. Nach hier eingegangenen Nachrichten fand heute Vormittag auf der Insel Zante ein Erdbeben statt; mehrere Häuser sind eingestürzt, andere sind unbewohnbar geworden. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Die Erdstöße dauern noch fort; es herrscht große Erregung.

Washington, 31. Jan. Das Verhalten des Kommandanten des amerikanischen Kriegsschiffes „Boston“, welcher auf Hawaii Marinesoldaten landete, scheint trotz des von England dagegen erhobenen Protestes, die amtliche Billigung des Präsidenten Harrison und des Kabinetts erhalten zu haben. Mehrere Mitglieder der Regierung sprachen sich zu Gunsten

einer Annexion der Insel aus. Der hiesige Gesandte von Hawaii glaubt an die Errichtung eines englisch-amerikanischen Protektorats.

Newyork, 30. Jan. Wie der Washingtoner Korrespondent des „New-York Herald“ meldet, wäre wenig Aussicht vorhanden, daß der Kongreß die gegen die Prämiengeschäfte an der Produktenbörsen gerichtete Vorlage annehmen werde.

Pest, 1. Febr. Eine Deputation der streikenden Arbeiter in der ungarischen Gewehrfabrik willigte in die Herabsetzung des Lohnes für Accordarbeiter und versprach, für die Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten. Man erwartet, daß ein großer Theil der Arbeiter am Mittwoch zu streiken aufhört.

Paris, 1. Febr. Nach einer Meldung aus Madrid ist der König von Spanien an den Masern erkrankt.

London, 1. Febr. Das „Reuters“ Bureau“ meldet aus Tanger, daß der englische Spezialgesandte Westridgeway daselbst angekommen und von den Spionen der marokkanischen Behörden und dem Sekretär der englischen Gesandtschaft empfangen worden sei. Bei der Ankunft des Gesandten gaben die Batterien der im Hafen liegenden englischen Kriegsschiffe Salven ab.

Washington, 1. Febr. Im Senate wurde die Beratung des Chandlerschen Antrages bezüglich der Annexion von Hawaii ohne weitere Beschlusssitzung vertagt.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar und Februar 1893.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur.
31. Nachm. 2	760,0	W	mäßig	bedeut
31. Abends 9	756,4	SW	mäßig	bedeut
1. Morgs. 7	753,0	SW	mäßig	bedeut

*) Nebel.

Am 31. Jan. Wärme-Maximum + 3,0° Cel.

Am 31. Wärme-Minimum - 0,6° =

Produkten- und Börsenberichte.

Kondensatoren.

Breslau, 31. Jan. (Schlußkurse.) Schwankend, Renten sehr fest. Neue Zproz. Reichsanleihe 86,80, 3 1/2 proz. L.-Blandbr. 98,25, Konsol. Türk. 21,25, Türk. Loos —, 4proz. ung. Goldrente 96,50, Bresl. Diskontobank 96,00, Breslauer Wechslerbank 96,00, Kreditaktien 175,40, Schles. Bankverein 111,00, Donnersmarckst. 88,75, Idöther Maschinenbau —, Radowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 118,50, Oberschles. Eisenbahn 49,25, Oberschles. Portland-Zement 67,75, Schles. Cement 118,00, Oppeln-Zement 89,00, Schl. D. Cement —, Gramsta 133,50, Schles. Binfaktien 174,00, Laurahütte 97,00, Verein. Delfab. 88,50, Österreich. Banknoten 168,70, Russ. Banknoten 209,40, Giebel-Zement 70,00, 4 proz. Ungarische Kronenrente 93,60.

Hamburg

31. Jan. Fest.

Gold in Barren pr. Kilo 2788 Br. 2784 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 113,25 Br. 112,75 Gd.

Frankfurt a. M., 31. Jan. (Schlußkurse). Abgeschwächt, nur Renten fest.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 271, Disk.-Kommandit 183,50, Ungarische Kronenrente —

Petersburg, 31. Jan. Wechsel auf London 97,40, Russ. II. Orientali. 103, do. III. Orientali. 103 1/2, do. Bank für ausl. Handel 283 1/2, Petersburger Diskonto-Bank 488, Warschauer Diskonto-Bank —, Petersb. internat. Bank 445, Russ. 4 1/2 proz. Bodencreditbriefe 153 1/2, Gr. Russ. Eisenbahn 251, Russ. Südwestbahn-Alten 114 1/2.

Produkten-Kurse.

Danzig, 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen loko matt. Um- ab 250 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig 148,00, do. hellbunt 150,00, do. hochbunt glasig und weiß 151,00. Regulierungspreis zu freiem Verkehr 149, do. p. April-Mai Transit 126 Pf. 130,00, do. pr. Mai-Juni Transit 126 Pf. —, Roggen loko unveränd. inländischer per 120 Pf. 120-122, do. polnischer oder russischer Transit 102,00, Regulierungspreis zum freien Verkehr 122,00, do. Januar Transit —, do. pr. April-Mai, Transit 120 Pf. 106. Gerste große loko 125-139, Gerste kleine loko 112, Hafer loko 124-128, Erbsen loko —, Spiritus per 10000 Litr. 2 proz. loko kontingent 49,00, nicht kontingent 29,50. — Thauwetter.

Königsberg, 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen matt. Roggen niedriger, loko p. 2000 Pf. Bollgew. 121. Gerste unveränd. Hafer unveränd., loko per 2000 Pf. Bollgewicht 125. — Weizen Erbsen p. 2000 Pf. Bollgewicht unveränd. — Spiritus per 100 Liter 100 proz. loko 50 1/2, per Jan. 50%, per Febr. 50%. — Thauwetter.

Köln, 31. Jan. (Getreidemarkt.) Weizen matt, Roggen loko 17,75, per März 16,40, per Mai —, Roggen hiesiger loko 14,75, fremder loko 16,75, per März 14,30, per Mai —. Hafer hiesiger loko 14,75, fremder —. Rübel loko 54,00, per Mai 52,70, per Okt. 52,50. Wetter: Trübe.

Bremen, 31. Januar. (Offizielle Notiz. der Bremer Petroleumsbörse.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz. der Bremer Petroleumsbörse.) Fass-zollfrei. Ruhig. Loko 5,40 Br.

</

Rohzucker I. Produkt Basis 88 v.C. Rendement neue Ullance, frei an Bord Hamburg ver Jan. 14,32 $\frac{1}{2}$, ver März 14,40, ver Mai 14,55, per Sept. 14,42 $\frac{1}{2}$. Behauptet.

Pest. 31. Jan. Produktenmarkt. Weizen behauptet, ver Frühjahr 7,43 Gd. 7,45 Br., ver Herbst 7,61 Gd. 7,63 Br. Hafer ver Frühjahr 5,47 Gd. 5,49 Br. Mais per Mai-Juni 4,74 Gd. 4,76 Br. Kohlraps ver August-Sept. 11,20 Gd. 11,40 Br. Milde.

Paris. 31. Jan. Getreidemarkt. (Schluß.) Weizen behauptet, p. Januar 21,50, p. Februar 21,60, p. März-April 21,90, p. März-Juni 22,10. — Roggen rubig, ver Januar 13,70, ver März-Juni 14,20. — Mehl behauptet, ver Jan. 49,80, ver Febr. 48,60, ver März-April 48,70, p. März-Juni 48,70. — Rübel rubig, p. Januar 57,00, ver Febr. 57,25, ver März-April 57,50, p. März-Juni 58,00. — Spiritus fest, ver Januar 46,50, ver Febr. 46,75, ver März-April 47,00, p. Mai-August 47,25. — Wetter: Milde.

Paris. 31. Jan. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loto 38,50. Weizener Hafer behauptet, Nr. 3, per 100 Kilogramm per Jan. 40,87 $\frac{1}{2}$, per Februar 41,00, p. März-Juni 41,50, p. Mai-August 42,00.

Havre. 31. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Basse.

Wio 26 000 Sac. Santos 10 000 Sac. Regettes für 2 Tage.

Havre. 31. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. Jan. 101,50, p. März 101,75, per Mai 100,25. Ruhig.

Amsterdam. 31. Jan. Java-Kaffee good ordinary 56 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam. 31. Jan. Bancaginn 55 $\frac{1}{2}$.

Amsterdam. 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen per März —, per Mai 176. — Roggen p. März 130, per Mai 129.

Amsterdam. 31. Jan. Die heute von der Niederländischen Handelsgesellschaft abgehaltene Kaffeeauktion eröffnete für Nr. 1 zu 55 a 55 $\frac{1}{2}$, Nr. 2 54 $\frac{1}{2}$ a 55, Nr. 3 57 a 57 $\frac{1}{2}$, Nr. 6 57 $\frac{1}{2}$ a 58 $\frac{1}{2}$, Nr. 7 57 $\frac{1}{2}$ a 59 $\frac{1}{2}$, Nr. 10 56 $\frac{1}{2}$, Nr. 11 58 $\frac{1}{2}$ a 59, Nr. 13 58 $\frac{1}{2}$, a 58 $\frac{1}{2}$, Nr. 15 56 $\frac{1}{2}$ a 56 $\frac{1}{2}$, Nr. 17 56 $\frac{1}{2}$ a 57.

Antwerpen. 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen fest. Hafer unbelebt. Gerste behauptet.

Antwerpen. 31. Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Kaffinires Type wetz loto 12 $\frac{1}{2}$ bez. und Br., ver Jan. — Br., per Febr.-März 12 $\frac{1}{2}$ Br., p. Sept.-Dez. 12 $\frac{1}{2}$ Br. Ruhig.

Antwerpen. 31. Jan. (Telegr. der Herren Wilens und Comp.) Wolle. La Plata-Bug, Type B, Juni 4,55, September 4,65 bez.

London. 31. Jan. 96 v.C. Rohzucker loto 16 $\frac{1}{2}$ stetig, Rübenzucker loto 14 $\frac{1}{2}$ stetig.

London. 31. Jan. Chili-Kupfer 45 $\frac{1}{2}$, per 3 Monat 45 $\frac{1}{2}$.

London. 31. Jan. An der Küste 1 Weizengladung angeboten.

— Wetter: Bewölkt, milde.

Glasgow. 31. Jan. Hoboken. (Schluß.) Mixed numbers warrants 44 b. 9 d. Käfer, 44 b. 11 d. Verkäufer.

Hull. 31. Jan. Getreidemarkt. Weizen matt, 1 sb. niedriger.

— Milde.

Liverpool. 31. Jan. Getreidemarkt. Rother Weizen unverändert, Mehl rubig. Mais 1 d. höher gefordert. — Wetter: Schön.

Liverpool. 31. Jan. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle Umsatz 6 000 Ball., davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Träger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5 $\frac{1}{2}$, März-

April 5 $\frac{1}{2}$, Mai-Juni 5 $\frac{1}{2}$, Juli-August 5 $\frac{1}{2}$ d. Alles Käfer-preis.

Liverpool. 31. Jan. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle Umsatz 6 000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Ruhig. Broach 1 $\frac{1}{2}$ niedriger.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 5 $\frac{1}{2}$, Käferpreis, Febr.-März 5 $\frac{1}{2}$ do., März-April 5 $\frac{1}{2}$ do., April-Mai 5 $\frac{1}{2}$ do., Mai-Juni 5 $\frac{1}{2}$ do., Juni-Juli 5 $\frac{1}{2}$ do., Juli-August 5 $\frac{1}{2}$ Käferpreis, August-September 5 $\frac{1}{2}$ do.

Petersburg. 31. Jan. Produktenmarkt. Talg loto 57,00, per August —, Weizen loto 11,25, Roggen loto 8,50, Hafer

waren bei stillem Geschäft behauptet.

Newyork. 30. Jan. Utile Suppl. an Weizen 81 488 000 Bushels, do. an Mais 12 535 000 Bushels.

Newyork. 31. Jan. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 76 000, do. nach Frankreich 12 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 78 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 41 000 do., nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork. 30. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 9 $\frac{1}{2}$, do. in New-Orleans 9 $\frac{1}{2}$, Raff. Petroleum Standard white in New-York 5,30, do. Standard white in Philadelphia 5,25 Gd. Rotes Petroleum in New-York 5,35, do. Pipeline Certifikates, pr. Febr. — Stetig. Schmalz loto 12,10 do. Stoh. u. Brothers 12,40. Zucker (Fair refining Muscovad) 3 $\frac{1}{2}$. Mais (New) p. Jan. —, p. Febr. 55, p. Mai 54 $\frac{1}{2}$. Rother Winterweizen loto 79 $\frac{1}{2}$. Kaffee Rio Nr. 7, 17 $\frac{1}{2}$. Mehl (Spring clears) 2,90. Getreidefracht 1 $\frac{1}{2}$. — Kupfer 12,00—12,25. Rother Weizen pr. Jan. 78 $\frac{1}{2}$, p. Febr. 78 $\frac{1}{2}$, p. Mai 81 $\frac{1}{2}$, p. Juli 82 $\frac{1}{2}$. Kaffee Nr. 7 low ord. p. Febr. 17,10, p. April 16,70.

Chicago. 30. Jan. Weizen per Januar 72 $\frac{1}{2}$, per Mai 77, Mais per Januar 44 $\frac{1}{2}$. Spec short clear —. Port per Januar 19,80.

Newyork. 31. Jan. Weizen pr. Januar fehlt, pr. Februar 78 $\frac{1}{2}$ C.

Berlin, 1. Febr. Wetter: Regnerisch

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 31. Jan. Die heutige Börse eröffnete in schwächerer Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten nicht ungünstig, boten aber besondere geschäftliche Anregung nicht dar. Hier entwidete sich das Geschäft denn auch Anfangs ruhig bei vorherrschender Steigung zu Realisierungen, später befestigte sich die Haltung und der Verkehr gewann etwas an Regelmäßigkeit; der Börsenschluss erschien ziemlich fest. Der Kapitalmarkt wies unverändert seite Haltung für heimische solide Anlagen auf bei ruhigem Handel; Reichs- und Preußische konföderierte Anleihen lebhafter und besonders Zypoz höher. Fremde, festen Zins tragende Papiere hatten in seiter Gesamtbalanzung mäßige Umsätze für sich; Italiener, Russische Anleihen und Poten fester; Ungarische 4proz. Kronen-Rente 93,70—93,60. Der Privatdiskont wurde mit 1 $\frac{1}{2}$ Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien zu etwas abgeschwächter Notz mäßig lebhaft um; Lombarden fest, andere österreichische Bahnen behauptet, Gotthardbahn und andere schweizerische Bahnen wenig verändert. Inländische Eisenbahntickets etwas abgeschwächt und ruhig, namentlich Lübeck-Büchen und Marienburg-Mlawka. Bankaktien ruhig; die spekulativen Devisen nach schwächerer Eröffnung festgestellt, und in Diskonto-Kommandit-, Berliner Handelsgesellschafts-Antielen, Aktien der Deutschen und Dresdener Bank etwas lebhafter. Industriepapiere ziemlich fest und nur vereinzelt lebhafter; Montanwerke schwächer und ruhiger.

Produkten-Börse.

Berlin. 31. Jan. In Newyork war Weizen gestern sehr schwach. Die sichtbare Handelsverfügung hat um 800 000 Bushels abgenommen; es ist dabei zu berücksichtigen, daß mehr als eine Million in St. Louis verbrannt ist. Hier blieb die Getreidebörse heute überaus lustlos. Weizen verlor bei geringen Umsätzen 1 $\frac{1}{2}$ M. Auch in Roggen war das Geschäft still, und die Preise gaben 1 $\frac{1}{2}$ M. nach. Die Kündigungen von 17 Scheinen wurden in der Hauptstrecke von einer hiesigen Mühle aufgenommen. Hafer still und bei schwacher Haltung wenig verändert. Von Mais kamen zur Erledigung der Januarverpflichtungen noch reichliche Zufuhren an den Markt. Der Preisstand ist heute wenig verändert. Roggen mehl matt und still. Rübel bei kleinem Geschäft etwas billiger. Spiritus loto unverändert. Termine waren bei stillem Geschäft behauptet.

Weltzen (mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 Kilogr. Börsen geschäftsfrei. Termine matt. Gefündigt — do. Kündigungspreis — M. Börsen loto 140—158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 153 M. per diesen Monat 154 M. Durchschnittspreis 154 M. per März-April —, per April-Mai 155,5—155,75—155,25 bez., per Mai-Juni 156,75—156,5—157—156,5 bez., per Junt-Juli 158 bis 157,5—158,25—157,75 bez., per Juli-August —.

Roggen per 1000 Kilogr. Börsen wenig verändert. Termine matt. Gefündigt 850 Tonnen. Kündigungspreis 138 M. Börsen 123—137 M. nach Dual. Lieferungsqualität 134 M. inländischer guter 135—136 M. per diesen Monat 138 M. Durchschnittspreis 138 M. per Jan.-Febr. —, per März-April —, per April-Mai 138,5—138,25 bez., per Mai-Juni 139,25—139 bez., per Junt-Juli 140—139,75 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm. Still. Größe und kleine 138—175, Futtergerste 115—135 M. nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogr. Börsen unverändert. Termine still. Gefündigt — Tonnen. Kündigungspreis — M. Börsen 135—158 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 140 M. Börsen mittel bis guter 137—142 bez., feiner 143—148 bez., preußischer mittel bis guter 138—142 bez., feiner 144—149 bez., per diesen Monat 142 M. Durchschnittspreis 142 M. per Januar-Februar —, per April-Mai 39,75 bez., per Mai-Juni 140,75 M. per Junt-Juli 141,75 M.

Mais per 1000 Kilogr. Börsen ruhig. Termine still. Gefündigt 400 Tonnen. Kündigungspreis 125 M. Börsen 126—136 M. nach Dual. Kündigungspreis — M. Börsen 125 bez., Durchschnittspreis 125 M. per April-Mai 112,75 M. per Mai-Juni — M. per Junt-Juli — bez., per Sept.-Okt. — M.

Erbse p. 1000 Kilogr. Kochware 160—205 M. nach Dual. Futtererwaare 135—148 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sac. Termine matter. Gefünd. — Sac. Kündigungspreis — M. per diesen Monat 18,15 M. Durchschnittspreis 18,15 M. per Jan.-Febr. 18,15 bez., per Febr.-März —, per April-Mai 18,3 bez., per Mai-Juni 18,35 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sac. per diesen Monat 18,50 M. Feuchte Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto inkl. Sac. per diesen Monat 10,20 Gd.

Kartoffelmehl per 100 Kilo brutto incl. Sac. per diesen Monat 18,50 M.

Rübel per 100 Kilogr. mit Faz. Ruhig. Gefündigt — 3tr. Kündigungspreis — M. Börsen mit Faz. — ohne Faz. —, per diesen Monat 50,6 M. Durchschnittspreis 50,6 M. per April-Mai 50,5—50,6 bez., per Mai-Juni 50,7 M. per Junt-Juli — bez., per Sept.-Okt. 50,7 M.

Petroleum (Raffinirte Standard white) per 100 Kilo mit Faz. in Botteln von 100 3tr. Termine fest. Gefündigt — Kilogr. Kündigungspreis — M. Börsen —, per diesen Monat 23 M. Durchschnittspreis 23 M.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Traless. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Börsen ohne Faz. 52,7 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 Liter à 100 Proz. = 10000 Proz. nach Traless. Gefündigt —. Kündigungspreis — M. Börsen ohne Faz. 33,1 bez.

Spiritus mit 50 M. Ohne Handel. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe Still. Gefündigt 30 000 Liter. Kündigungspreis. 32 M. Börsen mit Faz. —, per diesen Monat 32 bez., Durchschnittspreis 32 M., per Jan.-Febr. 32 bez., per März-April —, per April-Mai 33,2 bez., per Mai-Juni 33,5 bez., per Junt-Juli —, per Juli-August 34,6 bez., per August-September 35,1 bez.

Weizenmehl Nr. 0 22,50—20,50 bez., Nr. 0 20,25—18,00 bez. keine Marken über Notz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 18,25—17,50 bez., do. keine Marken Nr. 0 u. 1 19,25—18,25 bez., Nr. 0 1,50 M. höher als Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. br. incl. Sac.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Doll. = 4 $\frac{1}{2}$ M. 100 Rub. ■ 320 M. 4 Gulden österr. W. — 2 M. 7 Gulden südd. W. — 12 M. 4 Gulden holl. W. 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf

Bank-Diskonto Wechsel v.27.Jan.	Brnsch.20T.L.	— 104,50 bz	Schw. Hyp.-Pf.	4 $\frac{1}{2}$ 102,90 B.	Wrsch.-Teres.	5 102,75 B.	Roh Gold-Prior.	4 64,50 bz B.	Pr.Hyp.-B. I.(rz. 120)	4 $\frac{1}{2}$ 116,00 B.	Bauges. Humb....	6 126,75 G.</td
---------------------------------	---------------	-------------	----------------	---------------------------	---------------	-------------	-----------------	---------------	------------------------	---------------------------	------------------	-----------------